

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 11.03.2015

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Bartz

Herr Krumhöfner

Herr Langeworth

anwesend bis 17:40 Uhr

SPD

Frau Esdar

Herr Pieplau

Frau Weißenfeld

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

BfB

Frau Niegel

Die Linke

Herr Schmeißner

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams

Herr Onckels

Herr Potschies

Herr Schütz

Frau Voigt

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein

Herr Epp

Herr Hanke

Frau Krause

Herr Müller

Frau Obasohan

Herr Prekwinkel

Frau Rammert

Frau Schönfeld

Frau Scigala

anwesend bis 17:15 Uhr

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Herr Linnenbürger
Herr Flachmann

Dezernat 5
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Herr Siegeroth
Herr Radloff

REGE mbH
Jobcenter Arbeit*plus* Bielefeld

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Zu Punkt 1.1 Umsetzung der Änderung der Elternbeitragssatzung

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Umsetzung der beschlossenen Änderung der Elternbeitragssatzung in der Verwaltung zumindest zu einem kurzfristigen zeitlichen und sachlichen Mehraufwand führen werde.

Durch die Einführung von zwei neuen Einkommensstufen und der Erweiterung des Einkommensbegriffs auf Ehegatten und Partnerinnen bzw. Partnern in eingetragenen Lebenspartnerschaften sei die Höhe der Beitragspflicht von rund 1.700 Eltern zu prüfen.

Weiterhin sei allen etwa 5.000 Beitragspflichtigen ein neuer Bescheid über die Höhe des Elternbeitrages zu übersenden, der u.a. auch die jährliche Dynamisierung des Elternbeitrages in Höhe von 1,5 % ausweist.

Die Änderung der Elternbeitragssatzung sei erfahrungsgemäß mit einer erhöhten Nachfrage von Eltern nach Beratung und Informationen verbunden. Ob durch die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens im Rahmen des SGB VIII mit einer erhöhten Zahl von Widersprüchen und entsprechendem Folgeaufwand zu rechnen sei, könne derzeit nicht abgeschätzt werden.

Die Überprüfung und Neufestsetzung sollte vor Beginn der Zahlungspflicht ab August 2015 abgeschlossen sein, um höhere Nachzahlungsbeträge der Beitragspflichtigen zu vermeiden.

Insgesamt sei von einem personellen Mehraufwand in den Monaten April bis Juli 2015 von ca. 1.080 Arbeitsstunden für dreizehn für die Aufgabe zuständigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter auszugehen. Unberücksichtigt bleibe hierbei der Aufwand für die Vorbereitung der einzelnen Maßnahmen, für Beratung und Information sowie für evtl. Widerspruchsverfahren.

Dies mache deutlich, dass nur mit erheblichen Mehrstunden die neue Elternbeitragssatzung fristgerecht zum 01.08.2015 umgesetzt werden könne. Die Verwaltung setze alles daran dieses Ziel zu erreichen.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 **Trägerschaft für die neue Kita auf dem Gelände der ehemaligen Adolf-Reichwein-Schule**

Herr Hanke teilt mit, dass die „DRK Bielefeld Soziale Dienste OWL gGmbH“ die Trägerschaft für die neue Kita auf dem Gelände der ehemaligen Adolf-Reichwein-Schule in Sennestadt übernehmen wird. Der Investor habe sich selbst mit verschiedenen Kita-Trägern in Verbindung gesetzt und sich im Ergebnis mit dem DRK geeinigt. Insofern sei die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens nicht erforderlich gewesen.

Zu Punkt 2 **Anfragen**

Zu Punkt 2.1 **Anfrage der Ratsfraktion Die Linke zur Sprachförderung in Bielefelder Kindertagesstätten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1188/2014-2020

Frau Ilgün überreicht Vorsitzender Frau Weißenfeld eine Unterschriftensammlung mit ca. 500 Unterschriften zur Fortsetzung der zusätzlichen Sprachförderung.

Anschließend erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger die als Tischvorlage vorliegende Beantwortung der Anfrage (s. Anlage 1).

Herr Epp beantwortet die Nachfragen von Frau Rammert zur Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel sowie zur Förderung der sog. plusKitas.

Zu Punkt 2.2 **Anfrage der CDU-Ratsfraktion zur Verpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1189/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die als Tischvorlage vorliegende Beantwortung der Anfrage (s. Anlage 2).

Herr Langeworth führt aus, dass es in der CDU-Geschäftsstelle

Nachfragen dazu gegeben habe, warum kein Schweinefleisch mehr in städtischen Kitas angeboten werde. Kritisiert werde, dass es eine generelle Anweisung hierzu gebe. Es sollte die Möglichkeit gegeben sein, die Art der Verpflegung in den Kitas individuell mit den Eltern abzustimmen, so wie es bei anderen Trägern durchaus üblich sei.

Frau Obasohan, Frau Rammert, Herr Hood, Frau Esdar und Vorsitzende Frau Weißenfeld zeigen sich irritiert über diese Anfrage.

Beigeordneter Herr Nürnberger stellt dar, dass darauf abzustellen sei, wessen Freiheit und Wohlbefinden stärker eingeschränkt werde, wenn regelmäßig Schweinefleisch angeboten wird. An die Verwaltung seien keine Beschwerden herangetragen worden. Insofern sieht er in dieser Regelung kein Problem.

Zu Punkt 3 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2015/2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1019/2014-2020

Frau Esdar regt an, in der Darstellung der demographischen Daten in Anlage 1 der Vorlage den Begriff „Migranten“ durch „Migrationshintergrund“ zu ersetzen.

Auf Nachfrage von Herrn Langeworth zu den 3 Intensivhortgruppen (Anlage 1 der Vorlage, Seite 2) sowie zu den pädagogischen Gruppen bestätigt Herr Epp, dass die Intensivhortgruppen nicht vom Abbau der Hortplätze betroffen seien und somit erhalten blieben. Die pädagogischen Gruppen können weitergeführt werden, sofern die Vorgaben des Landesministeriums sowie des Landesjugendamtes eingehalten werden.

Weitere Nachfragen von Frau Esdar und Herrn Potschies werden von Herrn Epp und Herrn Hanke beantwortet.

Abschließend verweist Herr Hanke auf den vorliegenden abweichenden Beschlussvorschlag. Dieser sei zwingend zu erstellen gewesen, da nach einem neuen Erlass des Landes NRW bei dem Beschluss sämtliche Änderungen zwischen Vorlagenerstellung und Beschlussfassung zu

berücksichtigen sind.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

geänderten Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2015/2016 und deren Verteilung entsprechend der Anlage 1 und der Anlage 2 unter Berücksichtigung der unter 4. dargestellten Änderungen fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2015 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tagesein- rich-tung en	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespfl ege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	258	1.216	3.159	
	Ib (35 Std.)	1.571			
	Ic (45 Std.)	2.546			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	17	17		
	IIb (35 Std.)	406	406		
	IIc (45 Std.)	1.109	1.109		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	469		469	
	IIIb (35 Std.)	2.016		2.016	
	IIIc (45 Std.)	3.163		3.163	
Summe		11.555	2.748	8.807	815

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (11.555 + 815 = 12.370) und der Gesamtzahl der Plätze (12.502) ergeben sich aus der Tatsache, dass 132 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 131 Plätze für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Kinder, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2014/2015 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2016 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2015 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Die Anlage 2 ist für folgende Einrichtungen zu ändern:

Detailplanung für das Kindergartenjahr 2015/2016 in Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtung	Anzahl Plätze	Gruppenstruktur											davon Anzahl Kinder mit Behinderung	Höhe Kindpauschalen	zuzüglich behinderungsbedingter Mehraufwand	Platzstruktur der Plätze der Kinder mit Behinderung
		I a	I b	I c	II a	II b	II c	III a	III b	III c						
Stadtbezirk Mitte																
Innenstadt 1																
Bökenkampstr.	50	0	0	20	0	0	10	0	1	19	2	479.938,89 €	20.621,29 €	IIIb IIIc		
Königsbrügge																
Kidstown	45	0	0	0	0	2	15	1	1	26	1	483.241,60 €	8.897,54 €	IIIc		
Heeper Fichten																
Villa Wundervoll	55	0	1	19	0	5	5	0	25	0	2	429.287,16 €	18.269,26 €	Ib Ic		
Stadtbezirk Brackwede																
Brackwede 1																
Kammerich	40	1	19	20	0	0	0	0	0	0	1	289.526,64 €	11.653,46 €	Ia		
Louise- Scheppeler	75	3	20	47	0	3	2	0	0	0		599.537,61 €				
Stadtbezirk Senne																
Windelsbleiche																
Christus Kindergarten	60	6	12	2	0	5	15	0	0	20	1	590.897,22 €	10.035,30 €	Ib		

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Zielplanungsprozess 2014 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix-Berichterstattung zum 3. Tertial

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1167/2014-2020

Zielmatrix des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt-

Herr Epp beantwortet die Nachfragen von Frau Schönfeld zu Integrationshelfern für den Besuch der OGS und von Herrn Pieplau zu Maßnahme 26 „Clearingeinrichtungen UMF“.

Zielmatrix des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention

- Herr Linnenbürger beantwortet die Nachfrage von Herrn Langeworth zu Maßnahme 13 „Einführung des BOB-Modells“.
- Herr Pieplau fragt zu Maßnahme 15 „Legale Graffitiangebote“ nach, ob zur Überdeckung von Farbschmierereien auch das sog. „Covern“ angewendet werde.
Herr Linnenbürger führt hierzu aus, dass mit dem Verein „Stadtklar“ das Prinzip der Beseitigung von Farbschmierereien verfolgt werde. Die Anregung des Coverns werde er an den Projektbeauftragten Herrn Niekamp weiterleiten.
Frau Rammert regt an, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, ob vorübergehend nicht genutzte Werbeträger als Graffitiflächen zur Verfügung gestellt werden können.
- Herr Langeworth erinnert im Zusammenhang mit der Maßnahme 20 „Lern-Sommer“ an die Äußerungen von Herrn Rüsing, dass eine Bewertung der Maßnahmen generell nur möglich sei, wenn auch die Kosten dargestellt werden. Herr Epp führt aus, dass ein Bericht zu diesem Projekt noch ausstehe und voraussichtlich im Juni 2015 dem JHA vorgelegt werde. Herr Potschies als Vertreter des beteiligten Trägers möchte einen eigenen Bericht mit einbringen.
- Zielmatrix der REGE
Nachfragen werden nicht gestellt.
- Zielmatrix des Jobcenters
Nachfragen werden nicht gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Zielplanungsprozess 2015 im Dezernat 5 - Soziales, hier: Vorstellung der Zielmatrizen der verschiedenen Organisationsbereiche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1170/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger weist einfürend darauf hin, dass aufgrund seines erst kürzlich erfolgten Amtsantritts derzeit Nachjustierungen in der Zielmatrix geprüft werden. Insofern könne es im Laufe des Berichtszeitraumes noch zu Anpassungen kommen.

Zielmatrix des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt-

- Herr Epp stellt die neuen Maßnahmen vor und beantwortet die Nachfrage von Herrn Hood zu Maßnahme 25 „Qualifizierung“.

Zielmatrix des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention

- Auf Nachfrage von Herrn Langeworth bezüglich der Maßnahme 21 „Etablierung von Wohnerräten in der östlichen Innenstadt“ zu Aufwand, Kosten und Ergebnissen teilt Herr Linnenbürger mit, dass noch in 2015 zu der Maßnahme berichtet werde.

Zielmatrix der REGE

- Herr Siegeroth stellt die neuen Maßnahmen vor.

Zielmatrix des Jobcenters

- Herr Radloff berichtet zu den Maßnahmen 4 „Jugendliche in den Ausbildungsmarkt integrieren“ und 5 „Verbesserung der Nachhaltigkeit von begonnenen Ausbildungsverhältnissen“.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht über die Inanspruchnahme des Familienbüros und des Familienportals

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1138/2014-2020

Herr Epp führt aus, dass die Inanspruchnahme des Familienbüros wie auch des Familienportals weiterhin steigend sei. Die häufigsten Kontakte seien zum Themenschwerpunkt Wirtschaftliche Hilfen erfolgt. Anschließend beantwortet Herr Epp die Nachfragen von Herrn Langeworth und Herrn Pieplau.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, auf einen 2-jährigen Berichtszeitraum umzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zu und nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Bericht „Kein Kind zurücklassen“

- Weiterentwicklung des Kinderschutzes
- Bericht zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung
- Elterngeld Plus
- Auswahl weiterer Familienzentren

-.-.-

Bielefeld, den 11.03.2015

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)